

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/85

Bonn, den 6. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1 - 2a

Die Erfahrung nutzen !

130

Von Willi Birkelbach, MdB

Vorsitzender der sozialistischen Fraktion des
Europäischen Parlaments

3 - 4

"Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung"

63

Bemerkungen zur Auseinandersetzung in der Metallindustrie

4

Wo es keine Gewerkschaften gibt ...

32

Ein richtungsweisendes Wort Kennedys

4a

Ciesietzky und die "Rollmänner"

44

In Hamburg geschehen

5

Ohne Gesundheit kein Wohlstand

54

Aus der Tätigkeit der Weltgesundheitsorganisationen

Von Bruno Kuster, Genf

6 - 7

So nicht, Frau Ministerin!

65

Klare Fragen verdienen klare Antworten

Von Herbert Berneitinger

Chefredakteur Günter Markscheffel

6. Mai 1963

Die Erfahrung nutzen !

Von Willi Birkelbach, MdB
Vorsitzender der sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments

Die gegenwärtige Krise der europäischen Sechser-Gemeinschaft ist mehr als eine Wachstumskrise. Sie beruht nicht auf kurzfristig überwindbaren wirtschaftlichen oder politischen Faktoren. Im Hintergrund steht vielmehr die grundsätzliche Ablehnung des Gemeinschaftsgedankens durch einen Staatschef. Deshalb hat die Europäische Gemeinschaft ihre gefährlichste Krise bisher keineswegs zu überwinden vermocht. Die zersetzende Wirkung dieses Misstrauens welches in erster Linie durch das gezielte Veto des französischen Staatschefs gegen den Beitritt Großbritanniens und durch verschiedene Bestimmungen des deutsch-französischen Vertrages ausgelöst wurde, konnte bisher nicht eingedämmt werden. Der Gemeinschaftsgeist, der eine echte Verschmelzung der Interessen aller Mitgliedsstaaten durch ein ausgewogenes Geben und Nehmen bewerkstelligen sollte, hat einen sehr ernsten Rückschlag erlitten. Sollte dieser Rückschlag überwunden werden können, so wird auch das seine Zeit brauchen. Sogar dort, wo der Nationalismus noch nicht wieder zur Antriebskraft einer einsamen Politik wurde, machen sich beunruhigende Zeichen für den zunehmenden Vorrang einseitiger Interessen bemerkbar.

Für diejenigen Kräfte, die, ihre Entmutigung noch einmal überwindend, nach einem konstruktiven Ausweg suchen, illustrierte S.L.Mansholt die entstandene Lage mit den Worten "Aufrührung ist kein Programm". Vielleicht könnte jedoch die entscheidende Erfahrung, welche bei den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens auf beiden Seiten gemacht wurde, zum wertvollen Ansatzpunkt eines Programms werden, dessen Verwirklichung der Gemeinschaft wieder "auf die Beine" helfen würde. Dieser Ansatzpunkt wäre umso bedeutsamer, als er es gestatten würde, gerade das umstrittene Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu der übrigen Welt zu klären.

Der wirtschaftlich am raschesten wachsende Teil der westlichen Welt, der größte Handelspartner der Welt, kann es sich auf die Dauer nicht leisten, sich nach außen tot zu stellen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß nach außen handlungsfähig werden und großzügig. Sie darf die Anliegen der übrigen Welt, die an sie herangetragen werden, nicht in stolzer Selbstgefälligkeit den Brüsseler Archiven anvertrauen.

Beitrittsfrage bleibt gestellt

Das Pariser Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft und auch die in Bonn spürbaren politischen Bedenken gegen den Beitritt skandinavischer Staaten dürfen zusammen nicht zur Folge haben, daß die Frage der geographischen Erweiterung der Gemeinschaft endgültig auf Eis gelegt wird. Das Pariser Veto scheint zwar kurzfristig unüberwindbar zu sein, die Beitrittsfrage aber bleibt nichtdestoweniger gestellt.

Die Tatsache muß schnellstens durch das Zustandekommen eines Konsultationsverfahrens zwischen der Gemeinschaft und den Beitrittskandida-

ten anerkannt werden. Zweitrangig ist dabei, ob die Aufrechterhaltung dieser Kontakte z.B. über die normalen diplomatischen Kanäle zwischen den Beitrittskandidaten und der EWG-Kommission erfolgt, oder durch eine Institutionalisierung dieser regelmäßigen Fühlungen nach dem Modell der Assoziierungsorgane zwischen dem Vereinigten Königreich und der verkrüppelnden Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Entscheidend ist, daß die EWG-Kommission maßgeblich in diese Kontakte eingeschaltet wird. Sie gestattet der Mehrzahl der dem Ministerrat zur Entscheidung unterbreiteten Vorschläge über die interne Weiterentwicklung der EWG. Sie ist es, die bei der Gestaltung dieser Vorschläge in Zukunft deren Auswirkung auf die künftige Erweiterung der Gemeinschaft jeweils mit in Rechnung stellen sollte.

Diese Fühlungen, welche zumindest vor allen wichtigen Entscheidungen stattfinden sollten, könnten dazu benutzt werden eine Parallellentwicklung in den Bereichen ingang zu setzen über die es bereits in Brüssel und in Luxemburg zu einer Verständigung gekommen war. Auf keinen Fall dürfen wir zusehen, wie die Lösungsmöglichkeiten, die sich im Verlauf der Verhandlungen bereits abgezeichnet hatten, wieder verschüttet werden. Selbstverständlich ist aber auch, daß ein solches Unterfangen den guten Willen bei allen Beteiligten voraussetzt. Unter dieser Voraussetzung könnte in vielen Sektoren und insbesondere im Agrarsektor eine Entwicklung ingang gesetzt werden, die auch ohne Vollzug des Beitritts zu einer Annäherung zwischen der Gemeinschaft und den Beitrittskandidaten führen würde. Neben der anzustrebenden Vereinheitlichung der Statistiken könnte u.a. die bei den Verhandlungen ins Auge gefaßte Jahresübersicht über die wirtschaftliche Lage und die Aussichten der Landwirtschaft ein wertvolles Instrument einer solchen Politik sein.

Großzügig nach Außen

Es wäre aber auch gegenüber der Entwicklungswelt nicht zu verantworten, wenn das in den 15-monatigen schwierigen Verhandlungen zwischen den Sechs und Großbritannien gesammelte Paket an Erfahrungen und Lösungsmöglichkeiten nunmehr nicht fruchtbar gemacht würde. Indien, Pakistan und Ceylon waren spätestens bis Ende 1966 großzügige Handelsabkommen in Aussicht gestellt worden, um die Deviseneinnahmen dieser Länder aufrechtzuerhalten und möglichst zu steigern und ganz allgemein die Durchführung ihrer Entwicklungspläne zu erleichtern. Der Abschluß weltweiter Abkommen zwischen den wichtigsten Ein- und Ausfuhrländern für Getreide, Fleisch, Milchzeugnisse und Zucker war angeregt worden. Zahlreichen Staaten Afrikas und des karabischen Raums war entweder eine Assoziation mit der EWG oder der Abschluß von Handelsabkommen angeboten worden. Die Lösung dieser Fragen darf nunmehr nicht mit dem Hinweis auf das vorläufige Scheitern der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens aufgeschoben werden. Wirtschaftliche Stärke allein gestattet eine großzügige Haltung. Sie verpflichtet aber auch dazu.

Kennedy-Runde darf nicht ergebnislos bleiben

Die bei den Verhandlungen mit Großbritannien gewonnenen Erfahrungen werden aber auch bei den durch den Trade Expansion Act ermöglichten Verhandlungen ausgewertet werden müssen. Bei diesen Verhandlungen

hat sich das multilaterale Verhandlungsverfahren als unzulänglich erwiesen. Großbritannien stand nicht ein Sprecher der Gemeinschaft gegenüber, sondern sechs unter sich keineswegs in allen Fragen einig Regierungen. Dieses von der EWG-Kommission abgelehnte Verfahren hat denn auch den vorzeitigen und einseitigen Abbruch der Verhandlungen nach 15 Monaten erleichtert. Wenn die Europäische Gemeinschaft nicht in den Geruch kommen will eine "Gemeinschaft der 15 Monate" zu sein, wird sie ihre Verhandlungsmethoden ernsthaft überprüfen müssen.

Die Vielschichtigkeit der in der Kennedy-Runde zu lösenden Fragen rechtfertigt durchaus die Einschaltung aller interessierten nationalen und gemeinschaftlichen Stellen in die gegenwärtige Phase der vorbereitenden Gespräche. Vorhandene legitime Sicherheitsbedürfnisse müssen anerkannt werden. Nach einem bestimmten Stadium der vorbereitenden Gespräche (exploratory talks) wird es jedoch unumgänglich sein, die EWG-Kommission als einzigen Verhandlungspartner der Sechs nach Genf zu schicken. Ihr Mandat muß der Kommission das Eingehen von Risiken gestatten. Auf keinen Fall darf sie im Endstadium der Verhandlungen gezwungen sein, wegen der geringfügigsten Tarifposition langwierige Vorverhandlungen mit den sechs Regierungen zu führen. Ein Tauziehen wie dasjenige um den zwischen der EWG und Griechenland ausgehandelten Tarif für Zigarrendeckblätter darf es nicht mehr geben. Gemeinschaft und Kommission sind das ihrem Ansehen schuldig.

Nur eine handlungsfähige Gemeinschaft kann in der Kennedy-Runde dazu beitragen, eine neue Phase der Befreiung und der Ausdehnung des internationalen Handels einzuleiten und auf diese Weise auch zumindest den gründlichsten Abliegen der europäischen Drittstaaten entgegenzukommen.

Das Vetorecht überwinden

Die Anziehungskraft der Europäischen Gemeinschaft auf demokratische europäische Drittstaaten einerseits und die Möglichkeit einer großzügigen Politik insbesondere gegenüber der Entwicklungswelt andererseits kann jedoch nur dann erhalten bleiben, wenn die Gemeinschaft ihren inneren Zusammenhalt wieder zu festigen vermag. Gerade in diesem Zusammenhang muß bereits jetzt beachtet werden, daß spätestens ab 1. Januar 1966 die großzügigere Gestaltung der gemeinsamen Handelspolitik und insbesondere die Verhandlungen mit dritten Ländern über den Gemeinsamen Zolltarif der EWG nicht mehr durch das Veto eines einzelnen Mitgliedsstaates infrage gestellt werden können. Auch nicht mehr durch ein Veto des jetzigen französischen Staatschefs?

Warum aber sollte dieser Termin nicht sogar vorverlegt werden? Für das Verhalten der Europäischen Gemeinschaft nach Außen und für ihre interne Entwicklung wäre es von außerordentlichem Wert, wenn durch eine Abkürzung der zweiten Stufe der Weg frei würde für eine enge Begrenzung der Möglichkeit, die gemeinschaftliche Politik durch das Veto eines Staates zu durchkreuzen.

"Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung"

Bemerkungen zur Auseinandersetzung in der Metallindustrie

G.M. - Landauf, landab wird mit mehr oder weniger Sachkenntnis über den Metallarbeiterstreik, seine Ursachen und Auswirkungen geredet und geschrieben. Meist verhält man sich hierbei so, als sei dieses Ereignis aus heiterem Himmel gekommen, als habe es nicht eine Vorgeschichte. Gelegentlich begrüßt man sich - das ist das einfachste - mit Verdächtigungen und Beschimpfungen an die Adresse der IG-Metall. Wenn ein Vergleich zulässig ist, könnte man glauben, in jene Zeiten zurückversetzt zu sein, in denen man bei plötzlich auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht etwa die Ursachen zu erforschen suchte, sondern auf die Schwierigkeiten schimpfte.

Deswegen seien uns einige Bemerkungen gestattet, mit deren Hilfe das Geschehen dieser Tage vielleicht in die richtige Relation zur Wirtschaftswirklichkeit gebracht werden kann.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion forderte im Jahre 1956 - also vor sieben Jahren! - von der Bundesregierung, sie solle jedes Jahr eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auflegen, mit deren Hilfe die Notwendigkeiten unserer Wirtschaft abgeklärt und besonders auch der gerechte Anteil am Sozialprodukt der Arbeitnehmer annähernd errechnet werden kann. Diese Forderung war keineswegs ein Propagandaschlag der Sozialdemokraten. Sie war aus der Einsicht entstanden, daß in der modernen Industriegesellschaft auch die Regierung eines demokratischen Staates eine objektive Einsicht und Übersicht in das allgemeine Wirtschaftsgeschehen haben müsse, um rechtzeitig eingreifen zu können, wenn es erforderlich wird. Man hat diese Idee besonders deswegen an die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien herangetragen, weil zu erwarten war, daß mit wachsender Auslandskonkurrenz auf der einen Seite und steigenden Kapitalinvestitionen auf der anderen Seite versucht werden würde, die allgemeinen Kosten der Produktion auf die Schwächsten - das sind noch immer die Arbeitnehmer, die Lohn- und Gehaltsempfänger - abzuwälzen.

1956 wurde der entsprechende sozialdemokratische Antrag von den Regierungsparteien a b g e l e h n t. In den folgenden Jahren wiederholte sich das gleiche Spiel, bis endlich im Jahre 1962 Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard im Prinzip die sozialdemokratische Forderung billigte und auch die Regierungsparteien ihr zustimmten.

In der Zwischenzeit waren sechs Jahre verlorengegangen, sechs Jahre, in denen vielfach ohne Rücksicht auf die Gemeinschaft und ohne Übersicht über das Ganze weiterhin Wirtschaftswunder gespielt wurde. Als man schließlich 1962 merkte, daß nicht immer alles so glatt wie bisher gehen würde, erinnerte man sich an den sozialdemokratischen Antrag, und tat nun seinerseits so, als habe man die Idee, daß eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung notwendig sei, selbst erfunden. Inzwischen hatte sich nämlich herausgestellt, daß zwar zahlreiche CDU-Minister von "breiter Eigentumsbildung" redeten, daß aber in der Praxis davongelaufene Preise, gewisse Exportschwierigkeiten und andere wirtschaftliche Entwicklungen, die nicht unbedingt ihren Ursprung in der Bundesrepublik haben, eingetreten waren.

Schließlich sind der Metallarbeiterstreik und die Aussperrungsmaßnahmen von Seiten der Unternehmer nichts anderes als der Versuch zweier Tarifpartner, die Versäumnisse der Bundesregierung auf wirtschaftspoli-

tischem Gebiet zu korrigieren. Jeder tut dies natürlich auf seine Weise, denn die früheren Versuche des Bundeswirtschaftsministers, mit Hilfe von Maßhalteappellen die Wirtschaft in Ordnung zu halten, sind - das ist ja wohl inzwischen allgemein bekannt - untaugliche Experimente und Spätzündungen von Schüssen gewesen, die noch dazu in die falsche Richtung gezielt waren.

Jetzt werden die besten Geister bemüht bleiben müssen, jenes Klima in unserer Wirtschaft wieder herzustellen, das notwendig ist, um gute Voraussetzungen für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft zu erhalten. Hierbei darf es aber nicht bleiben; erforderlich ist auch in diesem Zusammenhang, daß sich die deutsche Öffentlichkeit endlich bewußt wird, wieviel sie den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach 1945 zu verdanken hat.

+ + +

Wo es keine Gewerkschaften gibt ...

Der - Der 75. Gründungstag des Internationalen Maschinisten Verbandes in Washington hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Kennedy, zum willkommenen Anlass genommen, um die Bedeutung einer freien und starken Gewerkschaftsbewegung für den Frieden und Fortschritt in der ganzen Welt hervorzuheben. Dort, wo es keine Gewerkschaftsbewegung gäbe, oder wo sie von der kommunistischen Partei beherrscht werde, sagte Kennedy, "herrsche Armut oder Totalitarismus, eine freie, aktive und fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung ist andererseits ein Zeichen für ein freies, aktives und fortschrittliches Land".

Kennedy ist ein vielbeschäftigter Mann, und auf ihm lastet die Bürde der Erhaltung des Friedens in der Welt. Auch im weiten Bereich der amerikanischen Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik geht nicht immer alles nach Wunsch. In seine bisherige zweijährige Amtszeit fielen der achtzög Tage lang dauernde Streik der Metallarbeiter und der längste Zeitungsstreik in der Welt. - Aber diese vielleicht unvermeidlichen Erscheinungen einer freien Gesellschaft haben den Blick Kennedys für das segensreiche Wirken der Gewerkschaften nicht zu trüben vermocht. Sie wirken auch und gerade in den Vereinigten Staaten als Motor des sozialen Fortschritts, als mächtige Kräfte für Sicherheit und Stabilität und sind als gleichberechtigte Faktoren im Ringen der sozialen Kräfte anerkannt. Das war nicht immer so, doch die Zeiten sind vorbei, da sie um ihre Anerkennung noch blutige Kämpfe zu führen hatten.

Im Zusammenhang mit dem größten Sozialkonflikt der deutschen Nachkriegsgeschichte, begleitet von Streik und Aussperrung von Metallarbeitern, sind antigewerkschaftliche Grundtöne zu vernehmen, die nicht mehr zum Geist unserer Zeit passen. Manchen einflußreichen Kreisen in unserer Industriegesellschaft paßt die Rolle der Gewerkschaften nicht, sie möchten sie zum Stillstand und zur Sterilität verdammen. Sie möchten am liebsten eine zersplitterte, zur Ohnmacht verdamnte, in befandete Gruppen aufgespaltene Gewerkschaftsbewegung sehen, ohne Mitspracherecht in Staat und Politik. Die das wollen und erstreben, sollten bei Kennedy in die Schule gehen. Der mächtigste Mann der freien Welt weiß und er hat es ausgesprochen, daß ohne freie und aktive Gewerkschaften die westliche Welt noch größeren Gefahren gegenüberstünde, als sie ohnehin schon bestehen.

+ + +

6. Mai 1963

Ossietszky und die "Rollmänner"

In Hamburg geschehen

In der Hamburger Universität wurde des einzigen deutschen Friedens-Nobelpreisträgers Carl von Ossietszky gedacht. Der CDU-Bundestagsabgeordnete R o l l m a n n lehnte die Teilnahme an der Gedächtnisfeier ab. Hierzu schreibt die "HAMBURGER MORGENPOST":

Verehrt - besudelt

T.J. - "Wir verneigen uns stumm vor der Tapferkeit und der Lauterkeit dieses Mannes, der mit geistigen Waffen kämpfte, um die Vernichtungswaffen des Krieges endgültig zum Schweigen zu bringen. Sein Schicksal muß für uns eine Verpflichtung sein, niemals schweigend und untätig zuzusehen, wenn irgendwo die geistige Freiheit und damit die Freiheit schlechthin unterdrückt wird."

Das waren die Worte, mit denen gestern Abend Bürgermeister Dr. Neve mann in der Hamburger Universität eine Rede ausklingen ließ, die den einzigen deutschen Friedens-Nobelpreisträger Carl von Ossietszky galt, der von den Schergen Hitlers zu Tode gefoltert, am 3. Mai 1938 sein Leben aushauchte.

"Ich wollte den Frieden!" Das war das Letzte, was über seine blutig-geschlagenen Lippen kam.

Diese Gedenkstunde für Carl von Ossietszky und die 30. Wiederkehr des Tages, an dem die Schriften vieler großer Deutscher von johlenden SA-Horden öffentlich verbrannt wurden, haben die Neue Gesellschaft, der ASTA der Universität Hamburg und die Freie Gesellschaft veranstaltet.

Ihre Teilnahme verweigerten die Gesellschaft für Wirtschaft und Sozialpolitik im Haus Rissen und die Staatspolitische Gemeinschaft.

Ihre Vorsitzenden sind die Hamburger CDU-Abgeordneten Blumenfeld und Rollmann.

Der Bundestagsabgeordnete Rollmann begründet die Nichtteilnahme damit, daß er und seine Freunde sich nicht mit den Werken Ossietszkys identifizieren könnten, weil er die Personifizierung des Pazifismus in unserem Lande war.

Wörtlich schreibt er an den SPD-Abgeordneten Kalbitzer, der ihn in einem offenen Brief zu einer Stellungnahme aufgefordert hat: "In dieser heutigen Zeit des Bedrohtseins können wir uns nicht leisten, Pazifisten durch Gedenkstunden als Vorbilder des heutigen Deutschlands herauszustellen."

Wen eigentlich will wohl Herr Rollmann als Vorbild herausstellen? Den "kalten Krieger" etwa oder jene Leute in Bonn, die jahrelang die "Politik der Stärke" predigten und damit nicht nur alle Gelegenheiten einer Verständigung verpaßten, sondern auch die politische Atmosphäre vergifteten?

Carl von Ossietszky, der Friedens-Nobelpreisträger, der mehrere Male unschuldig im Gefängnis saß, der im KZ zu Tode geschunden wurde, er wird an seinem 25. Todestage von dem CDU-Abgeordneten Rollmann noch einmal verurteilt und verdammt. Herr Hitler tat das auch! - Das soll uns nicht hindern, uns in Ehrfurcht vor Ossietszky zu verneigen. - Aber Herr Rollmann erinnert uns an die Worte dieses großen Pazifisten: "Kirchhofsstille wird über dieses Land kommen. Wir werden bald nicht mehr reden dürfen -, aber die Dinge werden reden."

Wenn sich die "Rollmänner" durchsetzen, dann dürfte es wohl bald wie der soweit sein.

Ohne Gesundheit kein Wohlstand

B.K. - Trotz bemerkenswerter Fortschritte auf manchen Gebieten bleibt die Gesundheit in zu vielen Ländern ein Luxus für wenige. Die Ausgaben für die Bekämpfung der Massenerkrankungen werden von den Aufwendungen für Rüstungszwecke weit in den Schatten gestellt.

Mit unzureichenden materiellen Mitteln versucht die Weltgesundheitsorganisation - ihr Jahresbudget kostet weniger als ein Atomunterseeboot - der tausendköpfigen Hydra zu Leibe zu rücken. Obwohl sie letztes Jahr beispielsweise 86 Ländern bei der Bekämpfung der Malaria Beistand leisten konnte, geht die Ausmerzung dieser Krankheit so langsam vor sich, daß die Mücken, welche den Erreger übertragen, Zeit finden, sich den bisher verwendeten Vernichtungsmitteln anzupassen. Die meisten großen Chemieunternehmen arbeiten heute mit der Weltgesundheitsorganisation zusammen, um neue, wirksamere Insektizidmittel zu entwickeln. Je länger sich die Kampagnen zur Ausrottung der Malaria wie auch anderer durch Insekten übertragbarer Krankheiten hinziehen, desto kostspieliger wird das Unternehmen, und desto größer wird die Gefahr, daß widerstandsfähige Stechmücken die Erreger in bereits gesäuberte Gebiete einschleppen.

Aber auch die Tuberkulose-Bazillen "lernen", den chemischen Heilmitteln Widerstand zu leisten, wenn nicht auf den ersten Anlauf alle Tuberkuloseherde eines Gebietes beseitigt werden können. 25 Ländern hat die Weltgesundheitsorganisation bei der Vorbereitung umfassender Kampagnen gegen die Tuberkulose geholfen. Die größte Schwierigkeit besteht darin, die Kranken zur regelmäßigen Einnahme der Medikamente anzuhalten, da sonst häufig Rückfälle eintreten und sich Herde widerstandsfähiger Bazillen bilden.

Erfolge und Aufgaben

Innerhalb von fünf Jahren ist die Zahl der gemeldeten Kinderlähmungsfälle um 65 v.H. zurückgegangen. Dagegen hat die Häufigkeit der Erkrankungen in Afrika, Asien und Lateinamerika in den letzten Jahren zugenommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse die Anfälligkeit gegenüber der Kinderlähmung erhöht.

Die Zahl der Pockenfälle konnte von 490 000 im Jahre 1951 auf 62 000 im Jahre 1962 vermindert werden. 60 v.H. der Fälle entfallen auf Indien und Pakistan. Aber einzelne nach Europa eingeschleppte Fälle zeigen, daß die Gefahr solange nicht endgültig gebannt ist, als es in Afrika und Asien noch bedeutende Ansteckungsherde gibt.

Trachom ist eine Augenkrankheit, die Millionen Menschen erblinden läßt. Trotz großer Anstrengungen ist es noch nicht gelungen, ein Impfmittel zu entwickeln. Im Zusammenhang mit dem Bau von Staudämmen und Bewässerungsanlagen greift die Bilharziakrankheit in erschreckendem Ausmaß um sich: es handelt sich dabei um einen winzigen Wurm, der sich in den Blutgefäßen seiner Opfer festsetzt und ihre Lebenskraft völlig lähmt.

Im letzten Jahr brach auf Celebes eine Cholera-Epidemie aus, die sich auf weite Gebiete Südost-Asiens und des West-Pazifik ausdehnte. Sie erinnerte daran, daß die großen "Pestilenzien" auch heute nur um den Preis ständiger Wachsamkeit gebannt werden können.

Wenn man anerkennt, daß es ohne Gesundheit keinen Wohlstand gibt, wird man zugeben müssen, daß die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen, um die ganze Menschheit in die Lage zu versetzen, im Vollbesitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte an der Hebung ihrer materiellen Lebenshaltung teilzunehmen. Da der Gesundheitszustand weitgehend eine Kostenfrage ist, wird man sich wohl zu etwas großzügigeren Investitionen als bisher entschließen müssen.

So nicht, Frau Ministerin!

Klare Fragen verdienen klare Antworten

H.Be - Die Fragestunden des Bundestages sind fraglos eine gute Einrichtung. Solange wenigstens, als sich Minister und Staatssekretäre wirklich bemühen, die Fragen der gewählten Volksvertreter vollständig und wahr zu beantworten. Und lebendig sein kann die jeder Plenarsitzung vorausgehende Fragestunde auch nur dann, wenn die Verantwortlichen auf der Regierungsbank den Fragestellern auch wirklich Auskunft geben, statt abzuwarten, ob die Abgeordneten ihnen nach und nach den Sachverhalt entlocken werden.

In der letzten Fragestunde war es die Bundesministerin für Gesundheitswesen, Frau Elisabeth Schwarzhaupt, die sich zunächst einer erschöpfenden Antwort sichtlich zu entziehen versuchte.

Der SPD-Abgeordnete Holger Börner hatte drei zusammenhängende Fragen eingereicht, um zu hören, ob der Bundesregierung

- a) bekannt sei, daß die von Italien nach Süddeutschland geplante Oelleitung auf mehreren Kilometern Länge durch den Bodensee verlegt werden soll?
- b) wieviel Gemeinden zur Zeit Trinkwasser aus dem Bodensee entnehmen?
- c) ob die Bundesregierung die Absicht habe, im Hinblick auf die Bedeutung des Bodensees als Trinkwasserreservoir für Süddeutschland den Bau der Oelleitung zu verhindern?

Frau Schwarzhaupt beantwortete - was fast selbstverständlich gewesen wäre - die drei Fragen nicht nur unzusammenhängend, sondern auch unvollständig und oberflächlich.

Auf die erste Frage erhielt der Abgeordnete Börner die lakonische Antwort: "Der Bundesregierung ist die Frage, die Sie stellen, durch Pressemitteilungen bekannt geworden." Nichts weiter. Es hatte den Anschein, als handle es sich um einen Vorgang, der dienstlich noch gar nicht bis zu den Ohren der Frau Bundesgesundheitsministerin gedrungen sei, der es damit auch gar nicht verdiene, in aller Öffentlichkeit diskutiert zu werden.

Holger Börner gab sich mit den 11 Worten der ersten Antwort nicht zufrieden, ebensowenig Fraktionsgeschäftsführer Dr. Fritz Schäfer (Tübingen-Reutlingen), dessen Wahlkreis teilweise auch an der großen südwestdeutschen Bodensee-Fernwasserversorgung hängt. Die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten mußten noch vier Zusatzfragen stellen, ehe sie von Frau Schwarzhaupt erfuhren, das Problem sei bereits in der Internationalen Kommission zur Sprache gebracht worden.

Damit war der Beweis erbracht, daß beim Ministerium nicht nur Zeitungsartikel über den eventuell bedrohten Bodensee gelesen, sondern bereits konkrete Gespräche geführt wurden.

Da nicht von Anfang an die Haltung des Ministeriums klar dargelegt wurde, gab es insgesamt noch neun Zusatzfragen und ebensoviele ministerielle Antworten. Kostbare Zeit ging dadurch verloren. Und im Stenografischen Protokoll des Bundestages füllt das "Duell", das einer politisch bedeutsameren Sache würdig gewesen wäre, fünf Spalten!

Vielleicht sollte die Frau Ministerin, die manchmal sehr verlegen schien, ihre Referenten anhalten, auf die Beantwortung parlamentarischer Anfragen mehr Sorgfalt zu verwenden. Als beispielsweise der SPD-Abgeordnete Walter Faller kürzlich wegen der Typhuserkrankungen anfragte, ob Gastarbeiter vor dem Antritt einer Beschäftigung in gastronomischen und lebensmittelverarbeitenden Betrieben auf Typhus und andere ansteckende Krankheiten untersucht würden, antwortete die Ministerin (während der Osterpause des Parlaments) mit einer Aufzählung der Bestimmungen des Paragraphen 17 des Bundesseuchengesetzes von 1961, die natürlich dem Abgeordneten Faller schon vorher bekannt waren. Walter Faller muß sich nun erneut an Frau Schwarzhaupt wenden, wenn er wissen will, ob die Praxis tatsächlich so ist, wie es das Gesetz vorschreibt.

Es gibt nämlich Anzeichen dafür, daß vielfach keine Untersuchungen bei Gastarbeitern erfolgen, wenn diese zunächst in Industriebetrieben tätig sind und erst später in einen Lebensmittel- oder gastronomischen Betrieb überwechseln. Aber das wird wohl auch erst in einem harten Frage- und Antwortespiel zu klären sein. Siehe oben.